



dbb
beamtenbund
und tarifunion
bundesfrauen-
vertretung

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich:
Helene Wildfeuer

Telefon 030.40 81-44 00
Telefax 030.40 81-44 99
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de

27.11.2008

Nr. 11/2008

INHALT:

+++ Landkarte zur Chancengleichheit +++ EU will Mutterschutz verlängern +++ Junge Mütter werden älter!? +++ 90 Jahre Frauenwahlrecht +++ Seminare der dbb bundesfrauenvertretung sind beliebt +++

Landkarte zur Chancengleichheit:

In Schweden gibt es derartiges schon seit 20 Jahren: Jetzt verfügt auch Deutschland über eine virtuelle Landkarte zur Chancengleichheit von Männern und Frauen. Der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und der Hans-Böckler-Stiftung entwickelte „Gender-Index“ beschreibt mithilfe ausgewiesener Indikatoren die regionalen Lebensverhältnisse von Frauen und Männern. Die Webseite www.gender-index.de wurde Anfang November 2008 im Rahmen einer öffentlichen Präsentati-

tion in der schwedischen Botschaft in Berlin vorgestellt.

Anfangs habe man auch in Schweden skeptisch auf die Einführung von geschlechterspezifischen Statistiken reagiert, berichtete die schwedische Botschafterin Ruth Jacobi anlässlich der Vorstellung des deutschen Gender-Index, die am 3. November 2008 in der schwedischen Botschaft in Berlin stattfand.

frauen im dbb

Informationsdienst der dbb bundesfrauenvertretung

Heute jedoch, rund 20 Jahre später, habe sich der Gender Equality Index, den die Schweden auch „Jäm-Index“ nennen, als überaus geeignet für die Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Ziele erwiesen. Er stoße deshalb inzwischen auf große Akzeptanz, so Jacobi.

Für Karin Roth, Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die als Schirmherrin der Veranstaltung fungierte, ist der Gender-Index ein wesentliches Thema für die Raumordnung: „Wenn wir die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen wollen, brauchen wir genaue Informationen über die Lebensverhältnisse in den Regionen, darüber also, wie sich die Bedingungen für Männer und Frauen in den verschiedenen Räumen in unterschiedlichen Lebensbereichen darstellen. Diesem Informationsbedürfnis trägt der Gender-Index Rechnung“, betonte Karin Roth. Durch die Bereitstellung der Informationen könne die Raumordnung ihrem Koordinierungsauftrag nachkommen, den sie gegenüber den raumwirksamen Fachplanungen und Fachpolitiken habe. Wichtig sei nun, den Index in den Regionen bekannt zu machen - etwa durch Konferenzen in den Ländern. Zudem regte die Staatssekretärin an, die Evaluierung der Städtebau-Förderprogramme noch stärker mit den Anliegen des Gender Mainstreaming zu verbinden.

Hans-Peter Gatzweiler, Abteilungsleiter Raumordnung und Städtebau im Bundesamt für Bauwesen und

Raumordnung (BBR), erinnerte an die Grundlagen und Vorarbeiten des BBR für den Gender-Index: So halte die laufende Raumbeobachtung eine breite räumliche und – in weiten Teilen – auch geschlechtsdifferenzierte Datenbasis vor. Auch habe der 2007 veröffentlichte Bericht „Frauen – Männer – Räume“ für die Auswahl der indexbildenden Indikatoren wichtige Erkenntnisse beigezeichnet.

Informationen für jeden Landkreis

Kernstück des unter der Webadresse www.gender-index.de präsentierten Internetauftritts ist eine interaktive Karte, über die sich durch wenige Klicks für jeden Landkreis ermitteln lässt, ob die Berufs- und Bildungssituation von Frauen und Männern ähnlich ist oder nicht.

Die Darstellung erfolgt anschaulich in Form eines eigenen Profils für jeden einzelnen Kreis, wobei die 19 Indikatoren, die in den Index eingegangen sind, werden jeweils durch eine Grafik und eine Tabelle dargestellt werden.

Abgerundet werden diese Gender-Profile durch weitere Informationen, darunter Karten zu den indexbildenden Indikatoren, mehrere Rankinglisten sowie Hintergrundinformationen zur Bevölkerungsstruktur, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zur Wirtschaftsstruktur.

Die Macher des „Gender-Index“ beschränkten sich bei der Präsentation der virtuellen Landkarte aber nicht nur darauf, die Komponenten zu erläutern, deren Zusammenwirken

messbare Ergebnisse über den tatsächlichen Stand der Gleichstellung in Deutschland liefern. Sie zeigten auch erste Trends auf.

Stärkere Gleichstellung im Osten

So sind Frauen und Männer beispielsweise in ostdeutschen Regionen im Durchschnitt stärker gleichgestellt. Auch gebe es dort häufig ein gut ausgebautes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, was wiederum die Frauenerwerbstätigkeit positiv beeinflusse. Die Erwerbsverläufe von Frauen und Männern im Osten Deutschlands gestalteten sich ähnlicher: die Renten vieler Frauen sind annäherungsweise so hoch wie die der Männer. Die höhere Arbeitslosigkeit und die geringeren Verdienste als in Westdeutschland treffen Frauen und Männer gleichermaßen. Nur in einigen ländlichen Regionen haben Frauen im Vergleich schlechtere Chancen, was den Indexwert verschlechtere.

In den westdeutschen Großstädten sind Frauen und Männer stärker gleichgestellt als im übrigen Gebiet Westdeutschlands. Die Erwerbsmöglichkeiten seien für beide Geschlechter höher und die Einkommensmöglichkeiten inklusive der Rentenzahlungen besser. Allerdings existierten auch hier - wie in gesamt Westdeutschland - die Unterschiede zwischen Frauen und Männern deutlicher spürbar als in ostdeutschen Regionen. Doch nicht immer sei Gleichheit gleichbedeutend mit guten Chancen, wie die ersten Trends zeigten: So sei die Rate der Schulabbrecher, der Anteil der Jobs mit geringen Qualifikati-

onsanforderungen und die Zahl der Minijobs ist in den Kernstädten gleichermaßen bei beiden Geschlechtern höher als in anderen kleineren Kommunen.

dbb bundesfrauenvertretung: Mehr tun!

Diese Ergebnisse sind für Helene Wildfeuer, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, keineswegs überraschend. „Nicht nur der Vergleich, wie weit es mit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Landkreisen und kreisfreien Städten ist, ist interessant. Auch die Position Deutschlands innerhalb Europas muss kritisch hinterfragt werden“, erläutert Wildfeuer mit Blick auf eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission, die sich mit dem Anteil von Frauen und Männern in Entscheidungspositionen in Europa befasst: Dort wurde festgestellt, dass 2007 fast 33 Prozent der ranghöchsten Posten der öffentlichen Verwaltung europaweit mit Frauen besetzt sind. 1999 lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent.

Auf den ersten Blick seien da ja wohl ein Fortschritt für die Frauen im öffentlichen Dienst erkennbar, so Helene Wildfeuer: „Umso erschreckender für mich war die Erkenntnis, dass Deutschland unter den europäischen Ländern mit einem repräsentativen Frauenanteil in der Spitzenpositionen auf dem drittletzten Platz liegt! Hinter uns rangieren nur noch Luxemburg und die Türkei.“

Nach Auffassung der Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung

muss auf dem Gebiet der Gleichstellung noch viel mehr getan werden: „Die Zahlen liegen auf dem Tisch, nun ist es an der Zeit, dass auf allen Ebenen Positionen mit Frauen be-

setzt werden. Schließlich sind von den 4,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst fast 2,4 Millionen weiblich. Das ist mehr als die Hälfte!“

Was ist der Gender-Index?

Der Gender-Index misst die Chancengleichheit oder -ungleichheit von Frauen und Männern in Ihrer Region. Er ist das erste bundesweite Messinstrument zum regionalen Vergleich der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Für 19 Indikatoren aus den Bereichen Ausbildung, Erwerbsleben und Partizipation werden die relativen Abweichungen der Indikatorenausprägung für Frauen und für Männer berechnet. Der Gender-Index ist der Mittelwert dieser 19 relativen Geschlechterdifferenzen. Die Formel zur Berechnung des Gender-Index lehnt sich an den schwedischen Jäm-Index an und wurde vor allem wegen seiner Anschaulichkeit und Nachvollziehbarkeit gewählt. Statistische Tests unterstützen den Gender-Index als geeignetes Messinstrument der regionalen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Im Internet: www.gender-index.de

(01/11/08)

EU will Mutterschutz verlängern

Die EU-Kommission hat am 3. Oktober eine neue Mutterschutzrichtlinie vorgelegt. Vorrangiges Ziel ist die Anhebung der Mutterschutzfristen von 14 auf 18 Wochen, eine höhere Bezahlung in dieser Zeit und ein verbesserter Kündigungsschutz für junge Mütter. Darüber hinaus soll Frauen eine größere Freiheit bei der Entscheidung eingeräumt werden, wie sie die 18 Wochen Mutterschutz auf die Zeit vor und nach der Geburt verteilen. Die überarbeitete Mutterschutzrichtlinie ist Teil eines Pakets, mit dem die Kommission zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen will.

Die derzeit gültige Mutterschutzrichtlinie stammt aus dem Jahr 1992 und schreibt EU-weit eine Mutter-

schutzfrist von mindestens 14 Wochen vor. Es steht den Mitgliedstaaten jedoch frei, von dieser Frist nach oben abzuweichen. Von dieser Möglichkeit haben viele Länder Gebrauch gemacht. Somit erklärt sich, warum die Mutterschutzfristen in Europa erheblich schwanken, von 14 Wochen in Deutschland über 26 Wochen in Großbritannien bis hin zu 45 Wochen in Bulgarien. Da in Deutschland die EU-rechtliche Mindestschutzfrist von 14 Wochen verankert ist, müsste diese Frist folglich um vier Wochen verlängert werden.

Eine weitere Neuerung ergebe sich aufgrund der geplanten Flexibilität bei der Aufteilung des Mutterschutzes: Mindestens sechs Wochen des 18-wöchigen Mutterschutzes sollen

zwingend nach der Geburt genommen werden, die übrigen zwölf Wochen können sich Frauen frei einteilen. In Deutschland wird die Aufteilung derzeit verbindlich vorgeschrieben: Sechs Wochen müssen vor der Geburt genommen werden und die restlichen acht Wochen danach. Auch der Kündigungsschutz für Mütter soll verbessert werden: künftig müssen Arbeitgeber bei einer Kündigung bis zu einem Jahr nach Ende des Mutterschutzes in schriftlicher Form substantielle Gründe für die Kündigung angeben. Ferner soll für junge Mütter das Recht festgeschrieben werden, auf denselben oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren wie vor dem Mutterschutz. Dieser Anspruch ist im deutschen Recht allerdings bereits verwirklicht.

Den Plänen der Kommission zufolge sollen Frauen in der Zeit des Mutterschutzes auch von einer besseren Versorgung profitieren. Sie sollen künftig ein Anrecht auf Bezahlung in Höhe ihres vollen Gehaltes oder Lohns haben. In vielen EU-Staaten ist derzeit – anders als in Deutschland – nur eine Bezahlung in Höhe des Krankengeldes üblich.

Während die Gewerkschaften die Vorschläge der Kommission als wesentlichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie begrüßten, sprachen sich die deutschen Arbeitgeber dagegen aus. Sie begründen das damit, dass in Deutschland die Bezahlung der Frauen während des Mutterschutzes hauptsächlich von den Arbeitgebern getragen werde, da der Anteil der

Krankenkassen am Mutterschaftsgeld auf 13 Euro pro Tag begrenzt ist. Durch eine Fristverlängerung beim Mutterschutz werde sich diese finanzielle Belastung deutlich erhöhen. Dem pflichtete die Bundesregierung bei und kündigte Widerstand gegen das Gesetzesvorhaben an. Grund sind Befürchtungen, der Brüsseler Vorschlag könne zum „Bumerang“ werden und die Beschäftigungschancen von jungen Frauen schmälern.

Diese Einwände hält der Dachverband der unabhängigen Gewerkschaften CESI, in dem auch der dbb Mitglied ist, für nicht sachgerecht. Die Vorsitzende der für Frauenpolitik zuständigen Fachkommission FEMM, Kirsten Lühmann erklärte hierzu: „Die demografische Herausforderung, die den Arbeitsmarkt trifft, verlangt nach qualifizierten, aber auch motivierten Frauen. Voraussetzung dafür ist aber die Möglichkeit, Beruf und Familie in Einklang bringen zu können. Hierfür kann die neue Richtlinie einen wertvollen Beitrag leisten.“

Damit die neue Richtlinie in Kraft treten kann, muss sie von Parlament und der Mehrheit der Mitgliedstaaten gebilligt werden. Im Europäischen Parlament stieß der neue Richtlinienentwurf fraktionsübergreifend auf Zustimmung. Sollte sich auch bei den EU-Ländern mehrheitlich Zustimmung zu dem Entwurf abzeichnen, könnte Deutschlands Widerspruch bei der Abstimmung unter den 27 Mitgliedstaaten überstimmt werden.

(02/11/08)

Junge Mütter werden älter!? Das Statistische Bundesamt hat sein Jahrbuch 2008 veröffentlicht

Insbesondere deutliche Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren sind bei der Lebenssituation von Kindern und Familien festzustellen. Waren vor 30 Jahren Mütter bei der Geburt ihrer Kinder 27 Jahre alt, liegt das Durchschnittsalter inzwischen bei 31 Jahren. Insgesamt ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau im Jahr 2007 auf 1,3 gestiegen. Damit nahm dieser Quotient erstmals seit 2004 wieder zu. Dass sich Frauen immer später für Kinder entscheiden, liegt an den gestiegenen Ausbildungszeiten und einer damit einhergehenden Verlängerung einer wirtschaftlich unsicheren Lebensspanne. Erst wenn das Einkommen und die Perspektive stimmt, trauen sich Frauen das Kinder großziehen zu.

Diese Ergebnisse korrespondieren auch mit einer Studie, die das Deutsche Jugendinstitut in München im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat: Danach haben auch Männer in Deutschland große Lust auf Familie. Die große Mehrheit der befragten kinderlosen jungen Männer kann sich ein Leben mit Kindern sehr wohl vorstellen. Bevor sich die potenziellen Väter nicht in der Lage sehen, selbst für eine Familie zu sorgen, kommen Kinder jedoch für sie nicht infrage. Aus finanziellen Erwägungen ist für 75,2 Prozent der Befragten eine frühzeitige Vaterschaft während der Ausbildung oder während des Berufseinstieges unvorstellbar. Sowohl Frauen als auch

Männer sind sich auch insbesondere der finanziellen Verantwortung, die ein Leben mit Kind mit sich bringt bewusst.

Ob der Geburtenanstieg, der sein Einführung des Elterngeldes im Januar 2007 in Deutschland beobachtet wird fortsetzt, ist zurzeit noch nicht absehbar. Möglich ist auch, dass diejenigen die bislang noch unentschlossen waren, sich infolge des Elterngeldes doch für ein Kind entschieden haben. Das Elterngeld beträgt für erwerbstätige Mütter und Väter im Schnitt 67 Prozent des wegfallenden Nettogehaltes, wenn die Arbeitszeit ganz oder teilweise reduziert wird. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag bis Mitte dieses Jahres der durchschnittlich gewährte Anspruch auf Elterngeld bei 643 Euro. Dabei betrug das an Väter ausgezahlte Elterngeld im Durchschnitt monatlich 937 Euro, das für Mütter jedoch nur 590 Euro. Darüber hinaus sind deutliche regionale Unterschiede festzustellen: Im Süden der Republik erhalten bayerische Mütter 634 Euro und die Väter 1.147 Euro im Durchschnitt monatlich. In Hamburg liegt das Elterngeld für Mütter bei 657 und das der Väter bei durchschnittlich 1.038 Euro.

Berlin liegt dabei nochmal deutlich niedriger; hier erhalten Mütter im Schnitt 594 Euro, die Väter 806 Euro.

(03/11/08)

90 Jahre Frauenwahlrecht

Auch 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts gibt es nach Auffassung des Deutschen Frauenrates, in dem auch die dbb bundesfrauenvertretung Mitglied ist, für die Gleichstellung von Frauen und Männern noch viel zu tun. Vor knapp 90 Jahren war Marie Juchacz die erste Frau, die in der Weimarer Nationalversammlung als gewählte Abgeordnete ihre Stimme erhob, nachdem der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht für Frauen beschlossen hatte.

Die deutsche Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Hedwig Dohm forderte bereits 1873 als eine der ersten das Wahlrecht für Frauen. Und sie stieß damit nicht nur bei den Männern auf große Widerstände. Auch den meisten Frauen gingen damals ihre Forderungen zu weit. Sie reklamierten eine bessere Schulbildung für Mädchen und eine bessere Versorgung lediger Mütter. In den bürgerlichen Parteien herrschte noch 1917 die Meinung vor, die Frauen hätten in der Öffentlichkeit nichts zu suchen.

Für die verfassungsgebende Nationalversammlung 1919 kandidierten 300 Frauen, 37 wurden gewählt. In Europa war Deutschland damit - nach Finnland - Vorreiter. Im selben Jahr folgten Österreich, Polen, Russland Lettland, Estland und das Vereinigte Königreich.

Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert

Der 16. Bundestag liegt mit einem Frauenanteil von 31,4 Prozent leicht hinter dem 2002 gewählten mit 32,2 Prozent. Seit 1987 die Frauenquote mit einem Riesensatz erstmals die Zehn-Prozent-Marke übersprungen hatte und bei 15,4 Prozent lag, hat sich der Frauenanteil kontinuierlich erhöht. Doch trotz einer Frau im Bundeskanzleramt sind die Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert. So beklagt die frauenpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, Adelheid Rupp, dass zwar 50 Prozent der SPD-Abgeordneten Frauen seien, der Frauenanteil im Bayerischen Landtag aber nur bei 31 Prozent liege. Die Europaabgeordnete Lissy Gröner unterstützt auf EU-Ebene die „50/50-Kampagne für Demokratie“. Männer und Frauen sollen gleichberechtigt an politischen Entscheidungen beteiligt werden, fordert sie.

Der Deutsche Frauenrat mahnt weitere gleichstellungspolitische Verbesserungen unvermindert an: Dazu gehören gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft. Auch die kürzlich gestartete und vom Deutschen Frauenrat unterstützte bundesweite Aktion „Frauen Macht Kommune“ knüpft inhaltlich an das 90-jährige Bestehen des Frauenwahlrechts an. Frau-

en sollen motiviert werden, sich mit Wahlen und Formen der Einflussnahme auf kommunaler Ebene auseinander zu setzen. (GK)

[Link zur 50/50-Kampagne](#)

[Link zur Kampagne FRAUEN MACHT KOMMUNE](#)

Quelle: Deutscher Frauenrat
(04/11/08)

Seminar in Königswinter: „Führungstraining für Frauen – Frauen führen anders“

Zweimal jährlich haben die Mitglieder der dbb bundesfrauenvertretung die Möglichkeit, an einem Seminar in Königswinter-Thomasberg an der dbb akademie teilzunehmen.

Letztes Jahr haben wir begeisterte Rückmeldungen von Teilnehmerinnen der Seminare „Emotionale Intelligenz“ erhalten. Dieses Jahr haben wir das Thema „Digitale Fotografie“ für unsere Mitglieder ausgewählt. Die beiden diesjährigen Seminare haben inzwischen stattgefunden und wir sind froh, auch wieder eine positive Resonanz von Teilnehmerinnen bekommen zu haben. Auch das erste Seminar des nächsten Jahres „Führungstraining für Frauen – Frauen führen anders“ ist bereits ausgebucht.

Wer sich also in Zukunft für ein solches Seminar interessiert tut gut daran, sich zu sputen. Wir weisen gleichzeitig auf unserer Homepage und in frauen im dbb auf die Mög-

lichkeit hin, sich per E-Mail für ein Seminar anzumelden. In der Reihenfolge der Eingänge werden dann die Seminarplätze vergeben. Dazu wird noch eine Warteliste eröffnet, mit der zumindest die Erstplatzierten der Warteliste noch gute Chancen haben doch einen begehrten Seminarplatz zu ergattern. Damit alle die gleichen Chancen haben, können wir nicht im Vorfeld schon Anmeldungen für ein Seminar annehmen, das wir noch nicht beworben haben. Wer also jetzt Interesse an dem Herbstseminar zu dem Thema „Führungstraining für Frauen – Frauen führen anders“ hat, sollte sich regelmäßig auf unserer Internetseite oder in frauen im dbb über frauenpolitische Themen informieren. Dann heißt es: Schnell eine E-Mail versenden und mit etwas Glück an einem interessanten Seminar im wunderschönen Königswinter-Thomasberg teilnehmen!

(05/11/08)